

## **P5\_TA-PROV(2004)0100**

### **Wahlen im Iran**

#### **Entschließung des Europäischen Parlaments zum Iran**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 13. Dezember 2001 zu der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Islamischen Republik Iran<sup>1</sup>,
  - unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zum Iran,
  - in Kenntnis der Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom Dezember 2003 über die Menschenrechte,
  - in Kenntnis des jüngsten Berichts des UN-Sonderberichterstatter für die Meinungsfreiheit und das Recht auf Meinungsäußerung, Ambeyi Ligabo, der vor allem kritisiert, dass das Recht auf Meinungsäußerung im Iran in den letzten Jahren erheblich beschnitten wurde,
  - gestützt auf Artikel 50 Absatz 5 seiner Geschäftsordnung,
- A. in Anerkennung des souveränen Rechts des iranischen Volks, seinen verfassungsrechtlichen Rahmen zu wählen,
- B. weltweit geltenden Werten wie der Rechtsstaatlichkeit, der Achtung der Menschenrechte und der Demokratie verpflichtet,
- C. in der Erwägung, dass es jeden Tag andere Informationen über den Ausschluss von Kandidaten durch den Wächterrat gibt und dass derzeit 75 Parlamentsmitglieder vom Wahlkampf ausgeschlossen wurden; in der Erwägung, dass diese Ausschlüsse insgesamt ein nie da gewesenes Maß erreicht haben und von den derzeitigen Mitgliedern fast ausschließlich Parlamentarier der dem Präsidenten Chatami nahestehenden „Participation Front“ betroffen sind,
- D. unter Hinweis darauf, dass das passive Wahlrecht ein wesentliches Element der Demokratie ist und dass Ausnahmen deshalb in Übereinstimmung mit international anerkannten demokratischen Normen gesetzlich klar festgelegt werden sollten,
- E. unter erneutem Hinweis darauf, dass es den Reformprozess im Iran weiterhin unterstützt und bereit ist, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Iran zu verbessern,
- F. tief besorgt über die politische Debatte im Iran über die Verfahren, nach denen die Kandidatenlisten für das nächste Parlament aufgestellt werden,
- G. mit der Feststellung, dass Präsident Chatami zusammen mit dem Parlamentsvorsitzenden

---

<sup>1</sup> ABl. C 177 E vom 25.7.2002, S. 296.

Karrubi in einem Schreiben an Ayatollah Chamenei schließlich der Abhaltung von Wahlen zugestimmt hat, jedoch zu bedenken gab, die Maßnahmen des Wächterrates hätten den politischen Wettstreit beschnitten und würden dazu führen, dass das Volk wenig Begeisterung für die Wahl zeigen werde; mit der Befürchtung, dass die Enttäuschung der Öffentlichkeit noch zunehmen und diese sich insgesamt noch weiter von der politischen Klasse entfernen wird, dass eine wahrscheinlich hohe Zahl von Nichtwählern bei den Wahlen den konservativen und rückwärts gewandten Kräften in die Hände spielen und die Unzufriedenheit vor allem der jüngeren Generationen über die mangelnden politischen und sozialen Fortschritte nach 25 Jahren islamischer Revolution noch verstärken wird,

- H. in der Erwägung, dass der Iran das Potenzial hat, in der Region eine wichtige und konstruktive Rolle zu spielen,
1. teilt die Auffassung des iranischen Präsidenten und einer Mehrheit der Mitglieder des Parlaments, dass die bevorstehenden Wahlen nicht als frei und fair bezeichnet werden können, hauptsächlich deshalb, weil so viele Kandidaten, u.a. Mitglieder des jetzigen Parlaments, ausgeschlossen wurden;
  2. bedauert, dass die Bemühungen um die Bildung demokratischer Strukturen einen schweren Rückschlag erlitten haben, da Strukturen, die nicht auf Wahlen beruhen, sich als stärker erwiesen haben als diejenigen Institutionen, die unmittelbar durch das iranische Volk legitimiert sind;
  3. nimmt zur Kenntnis, dass der reformorientierten Mehrheit im jetzigen Parlament vom Wächterrat ständig Steine in den Weg gelegt werden, und dass der Wächterrat seit dem Jahr 2000 gegen ein Drittel aller vom Parlament verabschiedeten Gesetzesvorlagen sein Veto eingelegt hat;
  4. äußert seinen Respekt und sein Verständnis dafür, dass 127 Mitglieder des iranischen Parlaments als Reaktion auf die Tatsache zurückgetreten sind, dass so viele Mitglieder davon abgehalten werden, sich bei den bevorstehenden Wahlen am 20. Februar 2004 zur Wiederwahl zu stellen;
  5. bedauert, dass sein Wunsch, eine Beobachtermission zu den Wahlen zu entsenden, nicht verwirklicht werden konnte, weil die iranische Seite dies nicht unterstützt hat;
  6. warnt davor, dass die fehlende Achtung vor demokratischen Verfahren nicht nur dazu führen könnte, dass das Parlament keine Legitimation haben wird, sondern auch die Stellung des Iran in der internationalen Gemeinschaft schwächen könnte, wovon auch die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Iran nicht verschont blieben;
  7. bedauert, dass eine Wahl unter solchen Umständen kein gutes Beispiel für den ohnehin schon instabilen Nahen und Mittleren Osten ist;
  8. bleibt weiterhin davon überzeugt, dass ein fortgesetzter Dialog aller einschlägigen europäischen Institutionen mit iranischen Entscheidungsträgern, unterschiedlichen politischen Kräften und der Zivilgesellschaft wichtiger denn je ist – das gilt auch für die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem iranischen Parlament –, und ist erfreut, dass eine Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zum Iran gebildet werden soll;

9. erkennt zwar an, dass der Iran sich am Menschenrechtsdialog beteiligt, bedauert aber, dass dieser Dialog in so begrenztem Rahmen stattfindet; fordert nachdrücklich einen stärker ergebnisorientierten Ansatz bei spezifischen Themen und spricht sich für eine umfassendere Beteiligung der Mitglieder des Europäischen Parlaments an diesem Dialog aus;
10. würde eine aktivere Beteiligung der iranischen Gerichtsbarkeit und des Wächterrates am Menschenrechtsdialog zwischen der Europäischen Union und Iran begrüßen;
11. ist bereit, neben der bereits bestehenden Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und dem Iran weitere Gebiete von gemeinsamem Interesse zu sondieren;
12. erkennt noch einmal ausdrücklich an, dass der Iran einen positiven Schritt getan hat, indem er das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hat, und hofft, dass das Parlament den Text innerhalb einer vernünftigen Frist ratifizieren wird;
13. fordert den Rat und die Kommission auf, sich gemeinsam mit dem Iran an Maßnahmen zur Bekämpfung der Drogenproduktion in Afghanistan, des Drogenmissbrauchs im Iran und des illegalen Drogentransits durch den Iran nach Europa zu beteiligen und den Iran insbesondere mit der notwendigen technischen Ausrüstung auszustatten, damit die zuständigen Behörden effektiver arbeiten können; begrüßt in diesem Zusammenhang die Bereitschaft des Iran, sensible Informationen weiterzugeben;
14. fordert die iranische Regierung auf, eine aktivere und konstruktivere Politik zu verfolgen, um zur Lösung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten beizutragen;
15. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliebung dem Rat und der Kommission sowie dem Präsidenten und dem Parlament des Iran zu übermitteln.